

Vereinigung der Bürgerinitiativen Obervieland/Huckelriede für eine menschengerechte A 281

Anschrift:

Norbert Breeger
Kohlhöfenerweg 26
28277 Bremen
Tel.: 0421 / 8728908

Sprecher:

Norbert Breeger
Jens Körber
Internet: www.a281-menschengerecht.de
E-Mail: A281@arcor.de

Presseinformation

Bürgerinitiativen – Sammelbecken für Querulanten oder notwendiger Teil des politischen Entscheidungsprozesses?

„Das kennen wir schon, dass Gegner unserer Pläne auftauchen und gegen den Straßenbau Widerstand leisten. Machen Sie sich keine Hoffnung, die Pläne werden so umgesetzt, wie wir sie erarbeitet haben“, sagte uns ein Verwaltungsmitarbeiter bei einem ersten Ortstermin.

Das Klischee, wir seien nur Querulanten, begleitete uns, die Vereinigung der Bürgerinitiativen Obervieland/Huckelriede für eine menschengerechte A 281, als wir uns vor mehr als fünf Jahren, am 11.03.2007 zusammengeschlossen haben. Dabei sollte schon der Name der Vereinigung verdeutlichen, dass wir nicht per se gegen die Autobahn sind, sondern fordern, die Interessen der AnwohnerInnen stärker zu berücksichtigen und verkehrs- und menschengerechte Lösungen zu finden.

Im Mai 2012 trafen sich die Mitglieder aus den neun Bürgerinitiativen und Kleingartenvereinen in dieser Vereinigung zu ihrem 100. Koordinierungskreistreffen. Anlass genug, auf die vielen Aktivitäten, Aktionen, Verhandlungen, aber auch Streitereien zurückzublicken und sich die Frage zu stellen: Hat sich das alles gelohnt und ist diese Form der politischen Beteiligung richtig?

Der Aufwand, als Bürgerinitiative wahr- und ernstgenommen zu werden ist sehr hoch. Nur dagegen zu sein, reicht nicht aus. Bei einer so komplexen Materie, wie der jahrzehntelangen Planung einer Autobahn, ist es erforderlich, sich tief in die Materie und die Unterlagen einzuarbeiten. Es ist notwendig, sich mit anders Denkenden auseinander zu setzen, um deren Positionen zu verstehen, sie mit den eigenen Vorstellungen abzuwägen und nach Konsensmöglichkeiten zu suchen.

Mit viel Geduld und Beharrlichkeit müssen die Erkenntnisse genutzt werden, um Informiertheit und Transparenz bei den Parteien, Abgeordneten und Deputierten, Ortsteilpolitikern, Verbänden und in der Bevölkerung zu schaffen. Bei vielen Akteuren liegen oft und verständlicherweise nur Teilinformationen vor. Das gilt insbesondere für Abgeordnete in der Bürgerschaft und Mitglieder der Beiräte. Kein Wunder bei der Vielzahl von Themen mit denen sie sich – zum Teil ehrenamtlich – befassen müssen. Diese Schwachstelle im politischen Entscheidungsprozess auszugleichen, ist eine Aufgabe von engagierten Bürgern bzw. Bürgerinitiativen. Sie können und müssen Politikberatung machen.

Den größten Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung haben die Medien. Bei ihnen neben den etablierten und professionalisierten Verbänden, Kammern, Behörden und politisch Verantwortlichen die notwendige Akzeptanz zu finden, ist eine besondere Herausforderung für Bürgerinitiativen.

Eine weitere Erfahrung: Für Bürgerinitiativen ist es notwendig, mit allen Parteien zu sprechen, zu versuchen mit Sachargumenten zu überzeugen, und keinen parteipolitischen Spielplatz zu schaffen, der neuen Raum für Abgrenzungen bietet.

Durch die Auseinandersetzung mit der Planungsgeschichte und den Planungsunterlagen gelingt es Schwachstellen herauszuarbeiten, beim Bauabschnitt 2.2. der A 281 u.a. die fehlende Änderung des Flächennutzungsplans, nicht ergebnisoffene Variantenuntersuchungen und eine ungenügende Berücksichtigung von Eigentümerinteressen. Das hat leider nicht dazu geführt, dass die Planungen wesentlich verändert wurden.

Um diese Makel als letztes Mittel rechtlich klären zu können, bedarf es einer gefüllten Kasse. Mit vielen kreativen Initiativen, der breiten Unterstützung der Bevölkerung, der lokalen Wirtschaft, der Gründung eines Fördervereins und durch persönlichen Einsatz der Mitglieder der Bürgerinitiativen ist es gelungen, die Finanzierung sicherzustellen, um den Planfeststellungsbeschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht zu beklagen. Die breite Solidarität aus den Ortsteilen wurde hierdurch nochmals unterstrichen. Der gewonnene Rechtsstreit im November 2010 war eine Genugtuung für die vielen Stunden, die wir eingesetzt haben, um unser Ziel der menschengerechten A 281 zu erreichen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren an drei Runden Tischen teilgenommen, um die Zielkonflikte beim Bau des BA 2.2. der A 281 und des 5. BA (der B 6n) zu lösen. Während der erste noch holprig und weitgehend ergebnislos verlief, weil er sich nur innerhalb des laufenden Planfeststellungsverfahrens bewegen durfte, wurden bei den beiden weiteren Bürgerinteressen auf Augenhöhe und gleichberechtigt diskutiert und berücksichtigt. Die wesentlichen Ergebnisse wurden von allen Beteiligten akzeptiert und mitgetragen und die Bürgerbeteiligung von allen als Bereicherung der politischen Landschaft empfunden. Die Ergebnisse sind in Beschlüsse von Bürgerschaft und Senat eingeflossen. Es wird sich nun zeigen, wie nachhaltig diese Entscheidungen sind.

Trotz des Aufwandes und manchen Ärgers sind wir froh, gemeinsam diesen Weg gegangen zu sein. Niemand in Bremen will noch einen „Monsterknoten“ vor Huckelriede und Kattenturm. Stattdessen soll eine für die Anwohner akzeptable und städtebaulich bessere Tunnellösung umgesetzt werden. Wir hoffen, dass die Verhandlungen zwischen Bremen und dem Bund bald zu einem erfolgreichen Abschluss kommen.

Die politische Kultur hat sich in den letzten Jahren verändert und inzwischen ist es Konsens, dass Planungsvorhaben frühzeitig mit allen Betroffenen intensiv diskutiert werden müssen. Denn: Eine qualifizierte Bürgermitwirkung beschleunigt und verbessert Planungsprozesse.

Wir haben auch gelernt, dass die geltenden Grenzwerte der Immissionsschutzgesetze nicht ausreichen, um die Bevölkerung wirksam vor Lärm und Schadstoffen zu schützen. Hier sind die VolksvertreterInnen in den Parlamenten gefordert, die einschlägigen Gesetze zu überarbeiten, damit sie nicht mehr dafür missbraucht werden können, berechnete Forderungen von Menschen, ihre Lebensqualität und Gesundheit zu schützen, abzuwehren.

Ohne die Zähigkeit, den Mut und die Risikobereitschaft der von Enteignung bedrohten Familien an der Neuenlander Straße, mit uns gemeinsam gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 2.2 zu klagen, hätten wir vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht gewonnen. Wir alle haben als Nachbarn voneinander profitiert. Darüber hinaus sind die Menschen in den betroffenen Ortsteilen enger zusammen gerückt. Es haben sich neue Kontakte ergeben, zumindest hat sich die Anonymität der Anwohner gelichtet, so dass man nicht mehr schweigend aneinander vorbeiläuft.

Fünf Jahre und 100 Sitzungen für Bremen, unsere Stadtteile, die Menschen und die politische Kultur. Wir machen weiter und begleiten die Planungen der A 281 und der B 6 n bis zum Abschluss. Dabei werden wir wie bisher alle fachlichen, politischen und gegebenenfalls auch rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um anwohnergerechte Lösungen zu erreichen.

Norbert Breeger, Jens Körber – Sprecher

Bremen, 1.6.2012